

Pfleger demonstrieren in Bern

Grosse Unzufriedenheit über Verzögerungen bei der Umsetzung der Pflegeinitiative

SIMON HEHLI

Es war ein Triumph: 61 Prozent der Stimmbevölkerung und alle Kantone ausser Appenzell Innerrhoden nahmen vor vier Jahren, mitten in der Corona-Pandemie, die Pflegeinitiative an. Ein deutliches Signal an die Politik, dass es in der Pflege Reformen brauche. Die Initiantinnen hatten drei Kernforderungen: Es sollte eine Ausbildungs-offensive geben, um mehr junge Menschen in den Pflegeberuf zu bringen. Ein Teil der Pflegefachleute sollte seine Leistungen künftig bei der Krankenkasse in Rechnung stellen dürfen, ohne dass ein Arzt den Auftrag dazu erteilt hat. Und die Arbeitsbedingungen sollten verbessert werden, damit nicht mehr so viele Pflegefachleute aus dem Job aussteigen.

Die Punkte 1 und 2 hat das Parlament mittlerweile umgesetzt. Bund und Kantone investieren eine Milliarde Franken in die Ausbildung. Fachleute Gesundheit, die sich an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule zu Pflegefachleuten weiterbilden, können Stipendien beantragen. Auch die Heime und Spitäler sowie die Ausbildungsstätten erhalten mehr Geld, um die Zahl der Abschlüsse zu erhöhen.

Bis anhin zeigen die Massnahmen aber kaum Wirkung: Die Zahl der Eintritte an Fachhochschulen war in den letzten Jahren rückläufig, an den höheren Fachschulen ist ebenfalls kein Ansturm der Studierenden festzustellen. Christina Schumacher vom Verband der Pflegefachleute SBK erklärt dies damit, dass sich viele Fachleute Gesundheit angesichts der hohen Belastung überlegen, ob sie überhaupt langfristig in der Pflege bleiben wollen. «Deshalb zögern sie auch, Zeit und Geld in die Weiterbildung zu Pflegefachleuten zu investieren.»

Kosten im Milliardenbereich

Für noch grösseren Unmut sorgt bei den Pflegenden jedoch der Umstand, dass die Politik bei der Umsetzung der dritten Forderung der Initiative nicht vorankommt: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der SBK hat deshalb für den Samstag die Pflegenden und Sympathisanten zu einer Demonstration auf dem Bundesplatz aufgerufen. Der Verband kritisiert, die Politiker würden die Umsetzung des Verfassungsauftrags verzögern, obwohl die Situation in der Pflege immer schlimmer werde.

Derzeit beschäftigt sich die Gesundheitskommission des Nationalrates mit den Vorschlägen des Bundesrates zu den Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsinstitutionen. Die Pflegenden verlangen eine bessere Planbarkeit und möchten deshalb ihre Dienstpläne früher erhalten. Wer kurzfristig einspringt



Bereits im Oktober 2021 demonstrierten viele Personen – für ein Ja zur Pflegeinitiative.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

oder Nachtschichten schiebt, soll höhere Abgeltungen bekommen. Die Arbeitszeit soll von heute 42 bis 45 Stunden pro Woche auf 38 Stunden sinken.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Auftrag der Gesundheitskommission grobe Schätzungen über die Kosten für diese Massnahmen zusammengetragen. Der Betrag ist happig, wie die Zeitungen von CH Media berichtet haben: je rund eine Milliarde Franken im Bereich Spitäler und im Bereich Heime und Spitex. Bei einer normalen Finanzierung über Kantonsfinanzen und Krankenkassen würden laut BAG allein die Prämien bei einer Einführung des Pakets im Jahr 2028 um 4 Prozent ansteigen. Eine vierköpfige Familie müsste wegen der Pflege pro Jahr rund 1000 Franken mehr für die Grundversicherung bezahlen.

Es sind solche Zahlen, die bürgerliche Gesundheitspolitiker aufschreckt haben: Sie wollen nun nichts überstürzen und lieber noch weitere Abklärungen treffen. Doch die Pflegenden verlieren die Geduld. Die Berichterstattung zu den mutmasslichen Milliarden-Mehrkosten sei polemisch, die finanziellen Prognosen seien spekulativ, hielt der SBK fest. Christina Schumacher sagt: «Natürlich werden die Massnahmen etwas kosten. Aber wenn wir jetzt nichts machen, wird es mit Sicherheit noch teu-

rer.» Denn entweder müsse in ein paar Jahren enorm viel Geld ins Gesundheitssystem gepumpt werden, um notfallmässig Pflegefachleute in den Beruf zu bringen. «Oder wir zahlen mit Menschenleben, wenn wir aufgrund von Personalengpässen die Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleisten können.»

Zu der Frage, woher das Geld für die Massnahmen kommen soll, wollen sich die SBK-Vertreterinnen nicht äussern. Es sei Aufgabe der Politik, eine Lösung zu finden, sagt Schumacher. «Unser Job ist es, die Patienten zu versorgen.» Es müsse wieder möglich werden, im Pflegeberuf zu bleiben, ohne selbst krank zu werden und auszubrennen.

Unzufrieden ist der SBK nicht nur mit dem Fahrplan der Politik: Die verbesserten Arbeitsbedingungen sollen erst 2028 Tatsache werden. Sondern auch damit, dass eine der Kernforderungen bis anhin nicht Teil des Massnahmenpakets ist, nämlich verbindliche Vorgaben zu den Personalschlüsseln. Das soll die Abwärtsspirale stoppen. Wegen der Unterdotierung der Teams steigen viele Pflegenden aus, was die Situation für die übrig gebliebenen Kolleginnen weiter verschärft.

Christina Schumacher weiss, dass das ein heikles Thema ist, weil die Spitäler und Heime die Teams nicht einfach aufstocken können, wenn sie gar nicht das

entsprechende Personal dafür finden. «Aber es wäre wichtig, das Problem jetzt offensiv anzugehen und ein Signal zu setzen. Wenn sie davon ausgehen können, dass sich die Situation entspannt, kehren auch eher Leute zurück, die aus der Pflege ausgestiegen sind.»

Härtere Massnahmen angedroht

Die Demo in Bern soll nur ein erstes Zeichen an die Politik sein. Wenn nicht innerhalb der nächsten Monate eine akzeptable Lösung auf dem Tisch liege, dann würden die Pflegenden zu anderen Methoden greifen, warnt Schumacher. Zwar sei klar, dass die Patientenversorgung immer gewährleistet sein müsse und man im Gesundheitswesen deshalb nicht einfach streiken könne.

Aber eine Option ist laut Schumacher ein «Bleistiftstreik». Das würde bedeuten, dass sich die Pflegenden für eine gewisse Zeit weigern, ihre administrativen Pflichten zu erfüllen, etwa die Dokumentation der Behandlungen und die Erfassungen für die Abrechnung. Auch «Arbeitspausen» von zwei bis drei Stunden seien denkbar, in denen sich nur eine Minimalbesetzung auf den Stationen um die Patienten kümmern würde. «Es wäre uns aber viel lieber, wenn wir nicht zu solchen Massnahmen greifen müssten», sagt Schumacher.